

# Über die Beharrlichkeit des Kapitalismus und die Vergesslichkeit der Menschen

Bei jeder Wirtschafts- oder Finanzkrise bricht ein grosses Lamentieren aus. Niemand habe sich ein solches Desaster vorstellen können, und man sei wie aus heiterem Himmel vom »Finanz-Taifun« (Schwarz 2010) überrascht worden. Die Ökonomen, an die sich die Politiker klammern, sind meist ratlos oder propagieren, ohne ihre Arroganz abzulegen, widersprüchliche Rezepte, wie die Krise überwunden werden könnte. Selbst die Neue Zürcher Zeitung sprach von der »trotzlosen Wirtschaftswissenschaft« (14. April 2009). Die Kommentare sind gespickt von metaphorischen Bildern wie Flutwelle, Sturm oder Gewitter. Man tut so, als handle es sich um ein einmaliges, aussergewöhnliches Ereignis. Die Finanzmarktspezialisten und die Ökonomen bestätigen sich dabei gegenseitig ihre Unschuld. Sie erleben Krisen wie die unbefleckte Empfängnis.

Doch Krisen werden rasch vergessen, und Gegenmassnahmen bleiben aus. Die kollektiven Erinnerungen an Krisen, meint John Kenneth Galbraith, gingen spätestens nach 20 Jahren verloren. Dies gibt den Spekulanten und Finanzjongleuren die Chance, mit denselben alten Tricks jeweils eine neue Katastrophe zu produzieren (Galbraith 1992). In der heutigen Zeit, die unter dem Diktat kurzfristiger Profite lebt, ist diese Zeitspanne bis zum Vergessen unter zehn Jahre gefallen. So ist beispielsweise der Schock von 1997, als die Banken für die Jahre 1991 bis 1996 einen Verlust von 42 Milliarden Franken auswiesen (bb. 1997), schon lange aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden.

---

## Hans-Ulrich Jost

Hans-Ulrich Jost, geb. 1940. Studium der Geschichte und Soziologie an der Universität Bern. 1981 bis 2005 Professor für neueste Geschichte an der Universität Lausanne. Zurzeit Präsident der Kommission für die Herausgabe der Diplomatischen Dokumente der Schweiz. <http://home.citycable.ch/josthistoire/index.html>

## Die Krise als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung

Ein Rückblick auf die vergangenen drei Jahrhunderte zeigt deutlich, wie die Krisen in beinahe regelmässigen Abständen die Wirtschaft und die Politik erschütterten und grosse Teile der Bevölkerung in die Armut trieben. Gemeint sind nicht die »naturbedingten«

Krisen, die Unwetter, Missernten und Naturkatastrophen oder die Pest, die bis weit ins 16. Jahrhundert hinein immer wieder die Menschen heimsuchten. Gemeint sind vielmehr die modernen Wirtschafts- und Finanzkrisen, die durch Spekulation und kapitalistischen Konkurrenzkampf entstehen und sich spätestens im 17. Jahrhundert systemisch festgesetzt haben. Beispielhaft war etwa der Zusammenbruch der Amsterdamer Börse im Jahr 1636, der wegen Spekulationen mit Tulpenzwiebeln ausgelöst wurde. Das aufstrebende internationale Finanzzentrum Amsterdam erlebte darauf in immer schärferen Formen den Wechsel von Finanzspekulationen und Einbrüchen, deren Folgen in der Regel weit über die Grenzen Hollands spürbar waren (Braudel 1979/3, 207–209).

Diese Krisen, da gibts keinen Zweifel, stehen im Zentrum der modernen historischen Entwicklung. Sie bilden den Motor der kapitalistischen Wirtschaft. Ohne Spekulation, so die klassische These, stagnieren und verrotten die Märkte und die Produktion, und ohne Krise können lahm gewordene Volkswirtschaften nicht wieder auf Trab gebracht werden. Ohne Krise gibt es keine Ausmerzungen veralteter Einrichtungen, keine Erneuerungen im Produktionsprozess und keinen spekulativen Profit. Der Kapitalismus, der sich mit Krisen vorwärtskämpfte, schuf gleichermassen Revolutionen, Kriege und wirtschaftliche Kahlschläge, um sich dann jeweils umso besser in einer neuen, höhere Profite versprechenden Ausgangslage einzunisten. Marx schrieb nicht zu Unrecht diesem Kapitalismus ein enormes revolutionäres Potenzial zu. Nur dank solcher Krisen kann jene brutale Energie freigesetzt werden, die für kompromisslose Umwälzungen, ohne Rücksicht auf Verluste, unabdingbar ist. Joseph Alois Schumpeter ergänzte diese Analyse mit der Feststellung, dass die mit den Konjunkturzyklen verbundenen Krisen nicht nur oberflächliche Folgeprobleme, sondern konstitutive Faktoren der kapitalistischen Entwicklung seien (neben den ›Innovationen‹, die die Unternehmer zu waghalsigen Investitionen veranlassten). Das Entscheidende dabei ist, dass sich der Kapitalismus auch nach den schlimmsten Umbrüchen der neuen Situation nicht nur rasch anzupassen, sondern mit neuer Dynamik den Prozess bis zur nächsten Krise zu dominieren vermag.

Zur Auffrischung der Erinnerung füge ich hier, in aller Kürze, einige historische Reminiszenzen an. Nach der noch banalen Spekulation mit Tulpenzwiebeln entwickelte sich die Amsterdamer Börse immer mehr zu einer eigentlichen Fabrik von Finanzkrisen, die nicht nur grosse, wild spekulierende Financiers, sondern auch vermehrt ›kleine‹ Leute in ihren Bann und ins Verderben zog (Braudel 2, 80–83). Dank internationaler

Verflechtung zogen solche Einbrüche immer weitere Kreise. Die Krise in Amsterdam von 1756 bis 1763 reichte schon bis London, Berlin, Hamburg, Stockholm, Leipzig und Venedig (Braudel 3, 229). Die Industrialisierung, und insbesondere der Bau der Eisenbahnen, öffnete dann den Finanzgesellschaften und Spekulanten einen immer breiteren Markt, in dem systematisch und mit ausgeklügelten Ködern – man nennt diese heute ›Finanzprodukte‹ – nach dem Geld des Normalbürgers gefischt wurde.

Politik und Gesetzgebung waren praktisch nie in der Lage, die Finanzmärkte wirkungsvoll zu kontrollieren. Die Börsen, mit ihren palastähnlichen Bauten die eigentlichen Kathedralen der Moderne, lebten sowohl von der Spekulation als auch vom Betrug. Die Geschichte der Auseinandersetzungen über Kontrolle und Eindämmung der Börsenspekulation ist ein eigentliches Lehrstück über das staatliche Versagen gegenüber den betrügerischen Operationen der Finanzmärkte. ›Börsenschwindel‹ war ein im 19. Jahrhundert geläufiger Begriff (Wolf 1893), und viele Wissenschaftler von Rang versuchten, diesem Phänomen kritisch beizukommen (Weber 1894/96).

Die eigentliche Krux liegt darin, dass Finanzwirtschaft, Spekulation und Politik Hand in Hand gehen. Die Krise ist gewissermassen das ›Geschäft‹, das Banken und Staat gewaltsam zu einer Schicksalsgemeinschaft verbindet. Diese enge Verbindung von Politik und Kapital bildet die eisernen Grundlage, um die auf Krisen beruhende Entwicklung uneingeschränkt fortzuführen. In der Zeit des aristokratischen Absolutismus benutzten Financiers und Könige gemeinsam die Spekulation, die Profite und die Krisen, um das Spiel um Macht und Einfluss voranzutreiben. Der demokratische Aufbruch im 19. Jahrhundert hat daran nur wenig verändert. Unternehmer und Financiers instrumentalisieren die politischen Institutionen und den Staatshaushalt für ihre privaten Interessen. Alfred Escher (1819–1882) – um ein helvetisches Beispiel aufzugreifen –, der allmächtige Eisenbahnbaron und Gründer der Schweizerischen Kreditanstalt, hatte schon in den ersten Jahren des neuen Bundesstaats eine prädominante Gruppe im Nationalrat organisiert, mit der er das politische Geschehen weitgehend kontrollierte. Besonders treue Gefolgsleute erhielten lukrative Posten in Eschers Eisenbahn- und Bankenwelt, wo – nur nebenbei erwähnt – Insidergeschäfte an der Tagesordnung waren. Die staatlichen Institutionen und die Politik wurden von diesen Kapitalisten schamlos in die Pflicht genommen. »Statt politische Fragen«, meinte damals etwa der Glarner Ständerat Johann Jakob Heer (1819–1875), »welche doch immer einen mehr oder weniger idealen Gehalt haben, waren es nur materielle Interessen, welche die Mitglieder trennten, und

im Hintergrund lauerten fortwährend, gleich unheimlichen Gespenstern, die fremden Geldmächte, die man um der Eisenbahnen willen ins Land gerufen hatte« (Gagliardi 1919, 296).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu einem ersten Höhepunkt der grossen, in Skandalen endenden Finanzspekulationen. Ein historischer Meilenstein war der Absturz der Wiener Börse vom 9. Mai 1873, der zahlreiche Banken und Gesellschaften in den Ruin trieb. Zwischen 1816 und dem 1. Weltkrieg ereigneten sich insgesamt zwölf Krisen, die jedesmal grosse gesellschaftliche Schäden verursachten, aber auch den Weg freimachten für neue industrielle Wachstumsschübe und einträgliche Finanzspekulationen. Allerdings profitierte ein grosser Teil der Bevölkerung davon nur mässig (Rosier 1987).

Wie weit dabei Spekulationen, Manipulationen und Bestechungen getrieben werden konnten, zeigte 1889 der Panama-Skandal, das heisst der Zusammenbruch der zum Bau des Panama-Kanals geschaffenen Gesellschaft. Um die immensen Finanzmanipulationen zu decken, waren in Frankreich zahlreiche Parlamentarier, Regierungsmitglieder und Journalisten bestochen worden. Trotz der ungeheuren Empörung der öffentlichen Meinung kam es praktisch zu keinen ernsthaften politischen oder juristischen Konsequenzen. Ein oder zwei Prozesse versandeten in juristischen Prozeduren, der eine oder andere Politiker nahm den Hut, doch das System der Finanzgesellschaften und der Börsen blieb unangetastet. An den Skandal erinnerte nur noch ein Roman, der 1893 im Feuilleton einer Zeitung publiziert wurde. Zehntausende von Kleinaktionären hatten ihre Einlagen verloren. Die beteiligten Financiers hingegen zogen aus dieser Krise insofern Nutzen, als die Geschäfte mit Panama nun unter us-amerikanischen Fittichen neu und in noch grösserem Stil wieder aufgenommen werden konnten (Mollier 1991).

### **Finanzmärkte passen sich allen Machtkonstellationen an**

In welchem Umfang Finanzmärkte, Staatsverschuldungen, Inflation und Krisen die wirtschaftliche Entwicklung seit dem 15. Jahrhundert umklammern, zeigt eine kürzlich in den USA publizierte, mit Daten und Statistiken gespickte Studie (Reinhart/Rogoff 2008). Darin kommt klar zum Ausdruck, dass Finanzspekulationen und Staatsverschuldungen seit Jahrhunderten die eigentlichen Leitplanken der Entwicklung bilden. Ablauf und Struktur der damit verbundenen Krisen beruhen auf ähnlichen Mustern, die sich im Lauf der Jahrhunderte grundsätzlich kaum verändert haben. Trotz der dabei verursachten wirtschaftlichen und sozialen Schäden haben weder Politik noch Gesellschaft wirksame Ge-

genmassnahmen getroffen. Auch die kommunistische Alternative hat dieses System nicht ernsthaft erschüttert.

Was ich mit diesen Hinweisen auf die Verbindungen von Finanzkapital und Politik andeuten möchte: Es ist schlicht eine Illusion zu glauben, die politischen Institutionen – ob nun jene des Feudalismus, des Absolutismus, der Demokratie oder der autoritären Herrschaft – würden durch Krisen zu einschneidenden Reformen oder gar zur grundsätzlichen Ausgrenzung finanzkapitalistischer Praktiken getrieben. Der Grund liegt auf der Hand: Keine politische Macht hat sich bisher aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte befreien können.

Politische Reaktionen – neue Regierungen, Machtwechsel oder Umstürze – hatten in der Regel wenig Einfluss auf die Tätigkeit des Finanzkapitalismus. Denn eine seiner grossen Stärken liegt in der Fähigkeit, sich praktisch allen politischen Machtkonstellationen anzupassen. Die Finanzmärkte des 19. Jahrhunderts waren sowohl in London, Paris und Berlin als auch in Petersburg heimisch, und grosse Machtpolitik, so etwa jene von Bismarck, beruhten auf der engen Zusammenarbeit mit der Finanzwelt (Stern 1978). Den Übergang von einem politischen System zum anderen schafften die Finanzmärkte allemal. Selbst einschneidende Brüche wie etwa die Ablösung der Weimarer Republik durch das Dritte Reich und danach der Wechsel zur Bundesrepublik Deutschland brachten die Finanzwelt nicht zu Fall. Wer diese Geschichte gerne in personalisierter Form wünscht, kann sich die Flick-Saga, die dramatische Geschichte eines der grössten Konzern-Kapitalisten, zu Gemüte führen (Frei et al. 2009).

In diesem Zusammenhang sollte auch dem Mythos widersprochen werden, wonach Marktwirtschaft und Finanzmärkte am besten mit demokratischen Systemen zusammenarbeiten. Die Beispiele von Chile (unter Pinochet) und das aktuelle China zeigen, wie falsch diese Hypothese ist. Zudem sollte ein weiteres, mit den Krisen zusammenhängendes Phänomen in Betracht gezogen werden. Die Geschichte zeigt nämlich, dass zur Bewältigung der Krisen jeweils lautstark nach autoritären Regimes und starken Männern gerufen wird. Dies hat uns bisher schon einige schlimme Diktaturen beschert. Und zurzeit lassen die Erfolge nationalistischer, populistischer und antidemokratischer Bewegungen befürchten, dass einmal mehr die demokratischen Errungenschaften zu den Opfern der Krise zu zählen sind.

### **Das Neueste von der »schöpferischen Zerstörung«**

Dass Finanzkrisen zur Normalität der kapitalistischen Entwicklung gehören, hat Alan Greenspan, der für das jetzige Debakel mitverant-

wortliche ehemalige (1987–2006) Chef des US-Federal Reserve Board, kürzlich einmal mehr bestätigt. Er erklärte am 7. April 2010 vor einem Ausschuss des Kongresses der Vereinigten Staaten, Finanzkrisen seien unvermeidlich und unvorhersehbar. Sie sind aber durchaus nicht unerwünscht, wie in der NZZ festgehalten wurde: »Wenn eine (Finanz-)Welt ganz ohne Risiko nicht denkbar ist, sollte man dann nicht wenigstens danach streben, die kontrollierbaren Risiken und somit indirekt die daraus entstehenden Marktschwankungen und Krisen möglichst klein zu halten? Nein, denn die Minimierung des Risikos ist immer mit Kosten verbunden. Würden die Finanzinstitute alle bekannten Risiken, selbst die höchst unwahrscheinlichen, voll absichern, bände dies Kapital, das anderswo produktiv eingesetzt werden könnte« (cae. 2008).

Die Idee, dass Krisen wünschenswert seien, weil sie die Dynamik des Kapitalismus anheizen, hat erneut Oberwasser. Es geht um die »schöpferische Unruhe«, ja »schöpferische Zerstörung«, die, wie der wirtschaftspolitische Chefideologe der NZZ Gerhard Schwarz kurz und bündig erklärt, zur »marktwirtschaftlichen Ordnung« gehörten (Schwarz 2007a). 20 Jahre zuvor hatte derselbe Autor schon behauptet, »der Spekulant« erfülle »wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben« und »das Funktionieren vieler Märkte« werde »durch ihn überhaupt erst möglich« (Schwarz 1988).

Schöpferische Zerstörung scheint überhaupt ein Lieblingskonzept von Gerhard Schwarz zu sein. Sich auf Katastrophen beziehend, stellt er fest: »Noch eindeutiger positiv sind, so pervers es klingen mag, die längerfristigen, strukturellen Wirkungen von Katastrophen. Die ältere Generation hat noch in Erinnerung, wie sich die zerbombten und zerstörten Verliererstaaten Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg in-ner zehn Jahren wieder hochgearbeitet haben und bald einmal die Sieger von einst in vielerlei Hinsicht übertreffen konnten. Der Grund dafür ist relativ einfach: Je grösser die Zerstörung, umso ausgeprägter ist die Totalerneuerung einer Volkswirtschaft, beziehungsweise einer zerstörten Region« (Schwarz 2005). Und nachdem nun die aktuelle Krise, auch ohne viel Krieg, so richtig Unruhe und Zerstörung verbreitet hatte, meinte Gerard Schwarz optimistisch: »Die Aufhellung verschafft aber in jedem Fall nach den Turbulenzen der letzten Jahre eine Verschnaufpause. Und sie erlaubt es auch, etwas klarer zu sehen, was der Finanz-Taifun angerichtet hat – wie am Morgen nach dem grossen Sturm, wenn der Himmel plötzlich reingewaschen ist« (Schwarz 2010).

Die Krönung dieser an Zynismus grenzenden Krisenrezeption findet sich, vorgetragen von Martin Meyer, ebenfalls in der NZZ. Auf den Untergang von Lehmann Brothers anspielend, schrieb er: »Wie jedes krea-

tive System profitiert auch der Kapitalismus von periodischen Untergängen im Binnenhaushalt. Diese setzen nämlich – wie auch das Memento mori der ‚Titanic‘ lehrt – schöpferische Kräfte in Gang, deren Gewinn zwar keine Garantien hat, doch die Motivation der Handelnden frisch sowohl mit Adrenalin wie mit unternehmerischer Selbstkritik versorgt. Hoffentlich. Aber anders – zum Beispiel als mündelsichere Kassenobligation oder als unaufhörliche Erzählung – ist Fortschritt nicht zu haben« (Meyer 2008).

Einmal mehr hat eine Krise, die weite Teile der Bevölkerung noch viele Jahre schwer belasten wird und die Staaten finanziell an den Rande des Ruins treibt, die Finanzmärkte und die Stellung des Kapitalismus zwar durchgeschüttelt, aber letztlich im Staatensystem noch stärker verankert. Die NZZ konnte denn auch schon vor einem Jahr frohlockend den Titel setzen: »Der globale Kapitalismus ist nicht am Ende« (NZZ 9. April 2009). In der Tat hat die aktuelle Krise den Kapitalismus wieder einen Schritt weitergebracht: Die Finanzmärkte haben die Souveränität der Staaten nun endgültig geschleift.

## Literatur

- bb.: Teuer bezahlter Leichtsinns der Banken. In: NZZ vom 26./27. April 1997.
- Braudel, Fernand (1979): *Civilisation matérielle, économie et capitalisme. Xve–XVIIIe siècle*. 3 vol., Paris.
- cae.: Der gesunde Umgang mit Risiko. In: NZZ vom 8./9. März 2008.
- Frei, Norbert, Ralf Ahrens, Jörg Osterloh, Tim Schanetzky (2009): *Flick – Der Konzern, die Familie, die Macht*. München.
- Gagliardi, Ernst (1919): *Alfred Escher – Vier Jahrzehnte neuerer Schweizergeschichte*. Frauenfeld.
- Galbraith, John Kenneth (1992): *Brève histoire de l'euphorie financière*. Paris.
- Meyer, Martin: Untergang. In: NZZ vom 18. September 2008
- Mollier, Jean-Yves (1991): *Le scandale de Panama*. Paris.
- Reinhart, Carmen M., Kenneth S. Rogoff (2009): *This Time is Different: A Panoramic View of Eight Centuries of Financial Crises*. PDF [www.economics.harvard.edu](http://www.economics.harvard.edu)
- Rosier, Bernard (1987): *Les théories des crises économiques*. Paris.
- Schwarz, Gerhard: Vom Nutzen der Spekulation. In: NZZ vom 3./4. September 1988.
- Schwarz, Gerhard: Zerstörung und Chancen des Wiederaufbaus. In: NZZ vom 10./11. September 2005.
- Schwarz, Gerhard: Willkommen schöpferische Unruhe. In: NZZ vom 12./13. Mai 2007.
- Schwarz, Gerhard: Als Folge der Krise verdrängt Symbolpolitik die Sachpolitik. In: NZZ vom 20. März 2010.
- Stern, Fritz (1978): *Gold und Eisen – Bismarck und sein Bankier Bleichröder*. Frankfurt/M.
- Weber, Max (1894/96): *Die Börse*. Göttingen.
- Wolf, J.: *Die Mittel zur Bekämpfung des Börsenschwindels*. Referat gehalten an der Jahresversammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft der Schweiz, 10./11. September 1893.